



GEMEINDEAMT RADFELD

6241 Radfeld, Dorfstraße 57

Tel: 05337 / 63950 Fax: Dw. 4

E-mail: gemeinde@radfeld.tirol.gv.at Internet: www.radfeld.tirol.gv.at

GR 04/2014

16.06.2014

Niederschrift

**über die SITZUNG des GEMEINDERATES am DONNERSTAG, 12. Juni 2014
um 20.00 Uhr im Sitzungszimmer des Gemeindeamtes Radfeld:**

Anwesend: Bürgermeister Mag. Josef Auer, Bgm.-Stv. Friedrich Huber und die Gemeinderäte Friedrich Fischler, Armin Puecher, Maria Mayr, Karin Stock, Elmar Fuchs, Anton Moser, Josef Wöll, Anton Wiener, Erich Hölzl, Thomas Laimgruber und Adolf Streng und die Ersatzleute Ing. Gottfried Seiwald (f. GR Brigit Widmann) und Andreas Klingler (f. Christian Laiminger) sowie Al. Peter Hausberger als Schriftführer.

Entschuldigt: die GR Birgit Widmann und Christian Laiminger

Tagesordnung:

1. Bericht des Bürgermeisters.
2. Beschlussfassung über die Auflage des abgeänderten Entwurfes zur Flächenwidmungsplanänderung im Bereich der Gst. Nrn. 2010, 2007/1 (Nothegger) und 1939/4.
3. Haltung der Gemeinde zur beabsichtigten Errichtung einer neuen Zu-/Abfahrt von der Bundesstraße zur Gemeindestraße Gst. Nr. 1926 (Projekt Fa. Mayr - lt. Entwurf vom 22.05.2014).
4. Vorlage des Berichtes der BH Kufstein über die durchgeführte Gebarungs- und Verwaltungsprüfung und des diesbezügl. Berichtes des Überprüfungsausschusses.
5. Beschlussfassung über eine Resolution des Verkehrsclub Österreich.
6. Bericht des Jugend- und Sportausschusses.
7. Bericht des Ausschusses für Verkehr, Umwelt, Kanal und Wasser.
8. Subventionsansuchen (Rotes Kreuz, Stadtpfarramt).
9. Anträge, Anfragen, Allfälliges.
10. Mietzins- und Annuitätenbeihilfeansuchen (unter Ausschluss der Öffentlichkeit).

Die Sitzung war öffentlich

Verlauf der Sitzung:**1. Bericht des Bürgermeisters:**

- Der Bürgermeister gibt dem GR den ungefähren Terminplan für die noch ausstehenden Arbeitsschritte zur Erstellung des Örtlichen Raumordnungskonzeptes bekannt.
- Der Bürgermeister gibt dem GR den ungefähren Terminplan für die Auflage des Gefahrenzonenplanes und der Information für die Bevölkerung bekannt.
- Der Bürgermeister berichtet über 2 Punkte der letzten Bürgermeisterkonferenz in Brandenburg, bei der auch Bundesminister DI Andrä Rupprechter anwesend war. Vom Kufsteiner Bürgermeister wurde darauf hingewiesen, dass es immer mehr türkischstämmige ÖsterreicherInnen gibt, die nicht mehr in der Türkei bestattet werden, sondern hier in Tirol ihre letzte Ruhestätte finden wollen. Dazu wird es in Zukunft Lösungen brauchen.

Nachdem die bestehende Tierkadaverstation in Wörgl aller Voraussicht nach nicht mehr lange bestehen wird, steht eine eventuelle Station für den gesamten Bezirk zur Diskussion, so wie es z.B. im Bezirk Kitzbühel (Station in St. Johann) bereits der Fall ist. Der Bürgermeister verweist darauf, dass wir in Radfeld für die Region eine sehr gut funktionierende Station haben und er die selbe Meinung wie Bgm. Puecher hat, nämlich, dass für uns kein Handlungsbedarf besteht.

- Der Bürgermeister übergibt den GemeinderätInnen die Einladung zum Gutachtertermin für die Projekte „familienfreundliche Gemeinde“ und „UNICEF – Kinderfreundliche Gemeinde“ am 24.06. im Gemeindeamt um 19 Uhr.
- Der Bürgermeister informiert über die Sitzplatzreservierung anlässlich der Beerdigung von Bgm. Franz Wurzenrainer, weil er nämlich von mehreren Personen darauf angesprochen worden ist. Vor der Beerdigung hat er sich 2 Mal bei der Gemeinde Rattenberg (Vizebgm.) erkundigt, ob für die Gemeinde Radfeld in der Stadtpfarrkirche Plätze reserviert werden. Dies wurde verneint. Davon habe er auch Vizebürgermeister Friedl Huber und den Amtsleiter Peter Hausberger in Kenntnis gesetzt. 2 Stunden vor der Beerdigung wurde Bürgermeister Josef Auer telefonisch darauf hingewiesen, dass in der Stadtpfarrkirche sehr wohl für Gemeinde Radfeld ein Reservierungsschild angebracht wurde. Daraufhin hat er bei Amtsleiter Peter Hausberger nachgefragt, ob er etwas davon wisse. Dieser konnte dem Bürgermeister lediglich sagen, dass er von Altbürgermeister Erich Laiminger telefonisch gefragt wurde, ob er (auch) mit einem „Grünen Janker“ zur Beerdigung komme. Im Rattenberger Gemeindeamt hat der Bürgermeister schließlich erfahren, dass Altbürgermeister Laiminger um eine Reservierung für „eine Abordnung aus Radfeld mit Grünen Jankern“ angefragt habe und so sei es zur Reservierung „Gemeinde Radfeld“ gekommen. Bürgermeister Josef Auer hat inzwischen ein Schreiben an den Rattenberger Vizebürgermeister geschickt, in dem er einerseits sein Befremden ausgedrückt hat, in dem er aber auch darauf hingewiesen hat, dass er sich eine sehr gute (wirkliche) Zusammenarbeit mit der Gemeinde Rattenberg wünscht, weil wir dazu zum Wohle der Bevölkerung sogar verpflichtet sind.

2. Beschlussfassung über die Auflage des abgeänderten Entwurfes zur Flächenwidmungsplanänderung im Bereich der Gst. Nrn. 2010, 2007/1 (Nothegger) und 1939/4:

Bürgermeister und Amtsleiter geben dem Gemeinderat einen zusammenfassenden Überblick über den bisherigen Verlauf dieses Verfahrens, insbesondere dem derzeitigen Verfahrensstand.

Nach dem Änderungsbeschluss vom 30.01.2014 (Pkt. 5 der TO) wurde der Akt beim Amt der Tiroler Landesregierung, Abt. Bau- und Raumordnungsrecht, zur aufsichtsbehördlichen Genehmigung vorgelegt.

Mit Schreiben vom 20.05.2014 wurde unter Hinweis auf die Ausführungen des amtsfachlichen Sachverständigen vom 8.05.2014 (Dr. Hermann Öggl) der Gemeinde mitgeteilt, dass die beantragte Widmungsänderung in der vorgelegten Form nicht genehmigungsfähig ist. Einerseits wird darauf hingewiesen, dass bei der letzten Beschlussfassung der End- bzw. Schlussbericht des Raumplaners nicht vorgelegen und daher die Beschlussfassung nicht unter ausdrücklichem Hinweis auf den Endbericht erfolgt ist. Andererseits wird eine Abänderung der Sonderflächenwidmung im Bereich der Gst. Nr. 2010, nämlich die Festlegung einer max. Anzahl an Zapfsäulen, verlangt.

Inzwischen wurde vom Raumplaner

- ❖ ein abgeänderter Entwurf hinsichtlich der Gst. Nr. 2010, wonach diese von Gewerbegebiet und Verkehrsfläche in Sonderfläche Tankstelle § 49b – ST-1 öffentliche Tankstelle mit maximal 4 Zapfsäulen und eingeschränktem Benutzerkreis auf ausschließlich Fahrzeuge der Firma Nothegger, Z. F 29-2013 i.d.F. vom 4.06.2014
- ❖ die dazugehörige raumplanerische Stellungnahme i.d.F. vom 4.06.2014 und
- ❖ der Schlussbericht zum Umweltbericht gemäß § 9 Abs. 3 TUP i.d.F. - vom 4.06.2014

vorgelegt.

Diese Unterlagen werden nun dem Gemeinderat zur Kenntnis gebracht und zur neuerlichen Beschlussfassung vorgelegt.

Auf Antrag des Bürgermeisters beschließt der Gemeinderat mit 14 Stimmen bei 1 Stimmenthaltung unter ausdrücklichem Hinweis auf den oa. Schlussbericht zum Umweltbericht gemäß § 113 Abs. 3 iVm §§ 70 Abs. 1 und 64 Abs. 4 Tiroler Raumordnungsgesetz 2011–TROG 2011, LGBl.Nr. 56, den von Arch Kotai/Autengruber ausgearbeiteten und im Bereich des Gst. Nr. 2010 abgeänderten Entwurf über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Gemeinde Radfeld im Bereich der Gst. Nrn. 2010, 2007/1 und 1939/4 durch zwei Wochen hindurch vom 17.06.2014 bis einschließlich 1.07.2014 zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen (verkürzte Auflage).

Der Entwurf sieht folgende Änderungen des Flächenwidmungsplanes der Gemeinde Radfeld vor:

- I. Bereich des Grundstückes Nr. 2010 von derzeit Gewerbegebiet § 39/1 (10.449 m²) und von derzeit Verkehrsfläche § 53/3 (132 m²) in künftig „SONDERFLÄCHE TANKSTELLE – ST-1 öffentliche Tankstelle mit max. 4 Zapfsäulen und eingeschränktem Benutzerkreis ausschließlich Fahrzeuge der Fa. Nothegger“ (§ 49.b TROG).
- II. Bereich der Grundstücke Nr. 2007/1 (9.384 m²) und Nr. 1939/4 (2.022 m²) von derzeit Gewerbe- und Industriegebiet (eingeschränkt)- Festlegung § 39/2 in künftig GEWERBEGEBIET (G) § 39/1.

3. Haltung der Gemeinde zur beabsichtigten Errichtung einer neuen Zu-/Abfahrt von der Bundesstraße zur Gemeinestraße Gst. Nr. 1926 (Projekt Fa. Mayr - lt. Entwurf vom 22.05.2014):

Zu diesem Tagesordnungspunkt verlässt GR Thomas Laimgruber den Sitzungstisch (wegen Befangenheit als Planer für die Fa. Mayr). Für ihn nimmt Ersatzmann Roland Huber an der Sitzung teil.

Eingangs erklärt der Bürgermeister, dass er zwischenzeitlich mehrere Gespräche geführt habe und verweist auf den bisherigen Verlauf der Angelegenheit (Pkt.5 der letzten Sitzung). Er weist ausdrücklich darauf hin, dass es heute nicht um eine Stellungnahme zur beantragten Sortieranlage, sondern ausschließlich um eine Zustimmung bzw. Ablehnung der Gemeinde zur projektierten Zu- bzw. Abfahrt von der Bundesstraße gehe.

Er bringt dem Gemeinderat ein diesbezügliches Schreiben der Fa. Mayr vom 11.06.2014 zur Kenntnis, wonach die Firma Mayr der Gemeinde Radfeld unter der Voraussetzung

- der Genehmigung des abfallwirtschaftlichen Projektes (nach AWG 2002) durch die Tiroler Landesregierung und
- der Zustimmung der Gemeinde Radfeld zum vorgelegten Projekt „Zu- Abfahrt von der B 171“ zur Wegparzelle Gst. Nr. 1926 (lt. Plan-Projekt-Entwurf vom 22.05.2014)

verschiedene freiwillige Leistungen zusichert (Zahlung von Erschließungsbeiträgen usw.). Die näheren Einzelheiten dieser Zusicherungen werden unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt.

Der Bürgermeister erörtert die Problematik in dieser Angelegenheit aus seiner Sicht, wonach es durchaus sein könnte, dass das abfallwirtschaftliche Projekt der Firma Mayr auch ohne Zustimmung der Gemeinde zu dem in Rede stehenden straßenbaulichen Projekt (Zu-Abfahrt von der Bundesstraße) vom Land genehmigt wird.

Daher sei er für die Erteilung der Zustimmung der Gemeinde zum vorliegenden Zufahrtsprojekt.

GR Erich Hölzl erklärt, dass man seiner Ansicht nach nicht einerseits eine negative Stellungnahme zum abfallwirtschaftlichen Projekt (die ja vom Bürgermeister im Einvernehmen mit dem Gemeinderat im Zuge des abfallwirtschaftlichen Genehmigungsverfahrens abgegeben wurde) und andererseits eine Zustimmung zur Errichtung der Zufahrt geben könne, die wiederum mit großer Wahrscheinlichkeit Bedingung für die abfallwirtschaftliche Genehmigung sei. Außerdem vermisse er beim Projekt eine Abbiegespur.

GR Adolf Streng verweist auf die freiwilligen Zusagen der Fa. Mayr und erklärt, dass man in diesem Falle seiner Ansicht nach „zum Wohle der Gemeinde“ entscheiden müsse – er meine damit eine Zustimmung zum Zufahrtsprojekt.

Auf Ersuchen des Bürgermeisters berichtet der anwesende Zuhörer Norbert Wolf von einem Gespräch mit Herrn Mayr wonach ihm dieser erklärt habe, dass

- die Errichtung der Lagerboxen erst in 2 bis 3 Jahren erfolgen werde und
- die Fa. Mayr mit dem Anrainer Einberger bereits wegen eines Grundtausches in Verhandlung stehe und bei positivem Abschluss keine eigene Zufahrt mehr benötige (in diesem Fall könnte man über die bestehende Zufahrt „Gewerbegebiet Rettenbach neu“ zu- und abfahren – ein weiterer Vorteil sei in diesem Fall die Betriebseinheit).

Die Gemeinderäte Anton Wiener und Josef Wöll erklären, dass sie sich u.a. auch unter Hinweis auf die Ausführungen von Herrn Wolf gegen eine Abstimmung in dieser Angelegenheit aussprechen.

Beschluss:

Nach ausführlicher Beratung und Diskussion beschließt der Gemeinderat mit 9 Stimmen bei 6 Gegenstimmen der beantragten Zu- und Abfahrt von der Bundesstraße zur Gemein-

destraße Gst. Nr. 1926 (Projekt Zufahrt Fa. Mayr - lt. Entwurf Ingenieurbüro Huter – Hirschhuber OG vom 22.05.2014) zuzustimmen.

Ersatzmann Roland Huber verlässt nun den Sitzungstisch und es nimmt wieder GR Thomas Laimgruber an der Sitzung teil.

4. Vorlage des Berichtes der BH Kufstein über die durchgeführte Gebarungs- und Verwaltungsprüfung und des diesbezüglichen Berichtes des Überprüfungsausschusses:

Der Bürgermeister informiert den Gemeinderat nochmals über die stattgefundene Gebarungs- und Verwaltungsprüfung der Gemeinde durch den Gemeinderevisor Wolfgang Gruber von der Bezirkshauptmannschaft Kufstein in der Zeit vom 16.01. bis 18.02.2014.

Nach Abschluss der Prüfung hat es ein Schlussgespräch gegeben, bei dem über das Prüfergebnis berichtet wurde. Dabei waren neben dem Revisor auch GR Anton Wiener als Obmann des Überprüfungsausschusses, Kassier Hannes Schweiger, Al. Peter Hausberger, GV Friedrich Fischler und er selbst anwesend, Bgm.-Stv. Friedrich Huber war entschuldigt. Mit Schreiben vom 19.02.2014 wurde der schriftliche Bericht über diese durchgeführte Prüfung vorgelegt. Es wurde darauf hingewiesen, dass der Bürgermeister den Bericht dem Überprüfungsausschuss vorlegen möge und nach § 119 Abs. 2 TGO dem Gemeinderat zur Kenntnis zu bringen hat. Im Anschluss daran habe der Bürgermeister die auf Grund des Berichtes getroffenen Maßnahmen der Gemeindeaufsichtsbehörde binnen drei Monaten schriftlich mitzuteilen.

Er habe bereits einen vorzeitigen Endbericht an die Bezirkshauptmannschaft verschickt und berichtet, dass er der Aufsichtsbehörde nach der Vorlage an den Überprüfungsausschuss und den Gemeinderat einen endgültigen (evtl. ergänzten) Bericht zukommen lassen wird.

Daraufhin erklärt GR Anton Wiener als Obmann des Überprüfungsausschusses, dass man den Bericht im Rahmen der letzten ÜA-Sitzung am 10.06.2014 im Beisein des Bürgermeisters und des Kassiers durchgearbeitet und zur Kenntnis genommen wurde.

Vom Ausschuss wird festgestellt, dass der Bericht keine gravierenden bzw. schwerwiegenden Mängel und sogar auch positive Feststellungen (Lob) beinhaltet. Viele der gemachten Anregungen wurden bereits umgesetzt. Einzelne Hinweise werden noch genauer zu hinterfragen sein.

Daraufhin bringt der Bürgermeister dem Gemeinderat die wesentlichen Punkte des vorliegenden Berichtes und insbesondere seine diesbezüglichen Stellungnahmen an die Aufsichtsbehörde zur Kenntnis.

Vom Gemeinderat wird

- ✓ der vorliegende Prüfbericht über die Gebarungs- und Verwaltungsprüfung 2014
- ✓ der Bericht des Überprüfungsausschusses sowie
- ✓ der Bericht des Bürgermeisters

zur Kenntnis genommen.

5. Beschlussfassung über eine Resolution des Verkehrsclub Österreich:

Der Bürgermeister bringt dem Gemeinderat ein Schreiben des VCÖ (Verkehrsclub Österreich, Mobilität mit Zukunft) vom 30.04.2014 zur Kenntnis. Dabei verweist der VCÖ auf die

mangelnde Qualität im Öffentlichen Verkehr und ersucht den Gemeinderat um Beschlussfassung der beiliegenden Resolution an die Bundesregierung.

Nach kurzer Beratung beschließt der Gemeinderat einstimmig nachfolgende Resolution an:

➔ die Bundesministerin für Verkehr,
Technologie und Innovation
Doris Bures
Stubenring 1
1010 Wien

➔ den Bundesminister für Finanzen
Vizekanzler Dr. Michael Spindelegger
Johannesgasse 5
1010 Wien

Der Gemeinderat der Gemeinde Radfeld fordert die Bundesregierung auf, gemeinsam mit den Bundesländern die finanziellen wie infrastrukturellen Grundlagen zu schaffen und Umsetzungsmaßnahmen zu setzen, damit das Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln insgesamt verbessert wird.

Insbesondere soll durch die Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel, die Bestellung zusätzlicher Verkehre sowie durch organisatorische Maßnahmen in Zusammenarbeit mit den Verkehrsverbänden und Unternehmen des Öffentlichen Verkehrs die Erreichung folgender Ziele sichergestellt werden:

- **Dichtes Netz und mehr Verbindungen:** In den Regionen sind bestehende Versorgungslücken zu schließen. In den Stadtregionen ist im Hinblick auf das hohe Aufkommen an Pendlerinnen und Pendlern das Angebot auszuweiten, vor allem dort, wo Engpässe drohen. Ein bundesweiter Taktfahrplan ist rasch umzusetzen. Auch am Wochenende und zu den Abendstunden braucht es ein gutes öffentliches Verkehrsangebot, um dem Argument des Autobedarfes im Freizeitverkehr entgegenzuwirken.
- **Einfaches Fahrkartensystem:** Der Tarifdschungel ist zu durchforsten, das System zu modernisieren und zu vereinfachen. Mobilitätskarten sollen den Zugang zu anderen Verkehrsmitteln (z.B. Leihräder, Carsharing) ermöglichen.
- **Hohe Informationsqualität:** Fahrpläne sollen leicht zugänglich und verständlich sein. Informationen in Echtzeit sollen sowohl vor der Reise, als auch bei Haltestellen und Bahnhöfen sowie während der Fahrt in Bussen und Zügen verfügbar sein. Fahrgäste wünschen auch (freundliche und hilfsbereite) Ansprechpersonen.
- **Barrierefreie Waggons und Zugänge:** Für Fahrgäste ist es wichtig, dass sie Haltestellen und Bahnhöfe leicht erreichen können. Auch kleine Haltestellen müssen Qualitätskriterien erfüllen. Das Wagenmaterial ist den sich ändernden Bedürfnissen der Fahrgäste anzupassen (barrierefrei, WC, Klimatisierung, Empfang für Mobiltelefon und Internet, usw.).

6. Bericht des Jugend- und Sportausschusses:

In Vertretung und im Auftrag vom nicht anwesenden Ausschussobmann GR Christian Laiminger gibt dessen Stellvertreter Armin Puecher dem Gemeinderat einen Bericht über die letzte Sitzung des Ausschusses am 23.05.2014, bei der folgende Themen behandelt wurden:

- Anfrage wegen Öffnung des Sportplatzes an Wochenenden
Der Ausschuss ist der Ansicht, dass man den Sportplatz an Wochenenden zum Schutz der Nachbarschaft nicht öffnen sollte.

- „Multifunktionsplatz“ – wie beim Landhaus St. Gertraudi?
- Unterstützung von Selina Lutterotti
Der Ausschuss verweist auf die ausgezeichneten Leistungen der Sportlerin im Kickboxen und schlägt vor, einen Förderbeitrag von € 500,- zu leisten.
- Sonnenschutz (-segel) für Kinderspielplatz

Nach kurzer Diskussion wird der Bericht zur Kenntnis genommen.

Die Gewährung eines Förderbeitrages an die Nachwuchs-Sportlerin wird zugesichert, wird allerdings auf Vorschlag von GR Erich Hölzl bis zur Allgemeinen Ausschüttung dieses Kontos (lt. Beschluss am Jahresende) zurück gestellt.

Für das vorgeschlagene Sonnensegel wird ein Angebot eingeholt.

7. Bericht des Ausschusses für Verkehr, Umwelt, Kanal und Wasser:

Der Obmann des Ausschusses, GR Armin Puecher, bringt dem Gemeinderat den Bericht über die letzte Sitzung am 23.05.2014 zur Kenntnis:

- Vorgangsweise zur Situation Parken im Bereich Haus Peer:

In diesem Bereich werden vielfach Autos im Straßenbereich geparkt. Der Ausschuss ist der Ansicht, dass der Eigentümer der Liegenschaft für eine ausreichende Anzahl von Stellplätzen zu sorgen hat.

- Vorgangsweise über die Asphaltierungsarbeiten 2014:

Es wurden 3 Angebote der Firmen Strabag, Bodner und Swietelsky eingeholt, als Billigstbieter wurde die Fa. Strabag festgestellt. Lt. Ausschuss sollten folgende Arbeiten durchgeführt und vergeben werden:

- Weg bei Lochbihler (Siedlung)
- Stichweg Laiminger/Hinter (nach Übernahme)
- Diverse Flick- bzw. Sanierungsarbeiten

Der Bürgermeister ergänzt, dass er noch weitere Asphaltierungsangebote eingeholt hat und die Vergabe der Arbeiten in der nächsten Sitzung erfolgen sollte.

- Beratung über die Vorgangsweis bezüglich des Drehkreuzes beim Gehweg im Bereich Fam. Wolf:

Es wurde angeregt, das Drehkreuz wieder aufzustellen. Der Ausschuss ist der Ansicht, dass es derzeit nicht wieder aufgestellt werden soll, da es für Rollstuhlfahrer und für Kinderwagen eine erhebliche Erschwernis darstellt und eben deshalb entfernt wurde.

Der Gemeinderat nimmt den Bericht zur Kenntnis.

- ✓ Der Bürgermeister wird beauftragt zur Beseitigung des Missstandes des Parkens geeignete Maßnahmen zu ergreifen.
- ✓ Die Asphaltierungsarbeiten werden bei der nächsten Sitzung vergeben.
- ✓ Das Drehkreuz wird bis auf weiteres aus den angeführten Gründen nicht aufgestellt.

8. Subventionsansuchen (Rotes Kreuz, Stadtpfarramt):

- a) Der Bürgermeister bringt dem Gemeinderat ein Ansuchen des Roten Kreuzes zur Unterstützung zum Kauf einer Feldküche (gebraucht) zur Kenntnis. Das Alter und die Abnutzung der bisher in Verwendung stehenden Küche machen den Austausch not-

wendig. Verwendung findet sie vor allem bei div. Katastropheneinsätzen (zur Versorgung der Betroffenen und der Einsatzkräfte).

Die Kosten würden auf die Gemeinden des Bezirkes nach dem Bevölkerungsschlüssel aufgeteilt. Demnach würde der Anteil für die Gemeinde Radfeld € 700,- betragen.

Der Gemeinderat stimmt der Übernahme und Zahlung dieses Betrages in der Höhe von € 700,- zur Ankauf der Feldküche einstimmig zu.

- b) Der Bürgermeister bringt dem Gemeinderat ein Ansuchen des Stadtpfarramtes Rattenberg vom 13.05.2014 zur Kenntnis.

Die Pfarre verweist auf das bereits im November 2013 gestellte Ansuchen und teilt mit, dass im laufenden Jahr die Erneuerung der Beleuchtung in der Radfelder Kirche geplant ist (in Rattenberg wurde sie bereits 2013 erneuert).

Lt. Angebot der Fa. Volland belaufen sich die Kosten

- für neue Pendel und Wandleuchten im Kirchenschiff und
- für die Installierung eines neuen Schalttableaus

auf € 28.982,17.

Es wäre sehr geholfen, wenn sich die Gemeinde mit einem ao. Betrag von € 5.000,- beteiligen könnte. Das Projekt wird auch beim Umweltministerium zur Förderung eingereicht.

Dem Gemeinderat erscheinen die bekannt gegebenen Kosten dafür sehr hoch.

Daher werde man sich noch um ein weiteres Angebot bemühen.

Prinzipiell steht der Gemeinderat dem Ansuchen positiv gegenüber, eine Auszahlung eines entsprechenden Betrages wird nach Berücksichtigung im nächsten Voranschlag in Aussicht gestellt.

9. Anträge, Anfragen, Allfälliges:

- a) GR Friedrich Fischler informiert den Gemeinderat über das am kommenden Sonntag stattfindende Oldtimer-Fest.
- b) GR Gottfried Seiwald informiert den Gemeinderat, dass er einen Interessenten zum Kauf der alten Brunnensäule vom Dorfplatzbrunnen hätte.
Al. Peter Hausberger erklärt dazu, dass die Grasausläuter zur neuen Brunnensäule möglicherweise auch den Trog austauschen. In diesem Fall könnte man das alte „Brunnen-Ensemble“ (Säule mit Trog) an einem anderen Platz wieder aufstellen. Auf Grund dieser möglichen Wiederverwendung wird die Säule nicht verkauft, sondern entsprechend verwahrt.
- c) Der Bürgermeister berichtet, dass der Großteil der beim neuen Bauhof gelagerten Gerätschaften der Fa. Moser inzwischen beseitigt wurde, so dass das geplante Sportvereinsfest durchgeführt werden kann.
- d) Der Bürgermeister informiert den Gemeinderat über den Stand der Planungsarbeiten und den vorgesehenen Zeitplan zum Ausbau der Kalkgasse (u.a. auch über die notwendige Entfernung der Fichten-Baumgruppe beim Anwesen Gang). Die Errichtung eines Kreisverkehrs ist nicht vorgesehen.
GR Adolf Streng regt die Errichtung einer Reifenreinigungsanlage im Zuge der Einrichtung der kommenden „Großbaustellen Ortsried“ (NHT) an.

- e) Der Bürgermeister verliest ein Ansuchen des Waldaufsehers Reinhold Winkler betreffend Lagerplatz für seine Utensilien zur Waldpädagogik und für Bienenweiden. Er verweist darauf, dass er diese Sachen derzeit aufgeteilt bei ihm privat, beim Gemeindebauhof und im Büro des Vizebürgermeisters gelagert hat.

Als ideale Lösung würde sich seiner Ansicht nach auf Grund seiner idealen Lage (Nähe zum Gemeindewald) die Verwendung des gemeindeeigenen „Meusburger-Stadels“ anbieten. Hier könnte er einerseits die betreffenden Utensilien gesammelt lagern und andererseits auch kleinere Arbeiten durchführen.

Der Bürgermeister verweist darauf, dass der Stadel derzeit an Herrn Richard Hirner verpachtet ist und Al. P. Hausberger gibt auf Anfrage eine kurze Chronologie der diesbezüglich Anfragen und Beschlüsse im Gemeinderat (seit 2002).

Vom Gemeinderat wird das Ansuchen des Waldaufsehers positiv aufgenommen. Der Bürgermeister erklärt, dass er vor Entscheidung die dem bestehenden Pachtverhältnis zugrunde liegenden Fakten bis zur nächsten Sitzung noch genauer prüfen wolle.

Der als Zuhörer anwesende Johann Hirner erklärt, dass das bestehende Pachtverhältnis nach Auskunft eines Rechtsanwaltes nicht kündbar sei und dass man andererseits das Pachtobjekt in Zukunft für das Projekt des Heimatmuseums benötige.

10. Mietzins- und Annuitätenbeihilfeansuchen (unter Ausschluss der Öffentlichkeit):

Es wurde ein Ansuchen um Gewährung einer Mietzinsbeihilfe befürwortet.

Um 21.59 Uhr beendet der Bürgermeister nach Erschöpfung der Tagesordnung die Sitzung.

g. g. g. :

.....
(Bürgermeister)

.....
(Schriftführer)

.....
(Gemeinderat)

.....